



Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales,
Familie und Integration - 80792 München

Stadt Herrieden

NAME
Porsch Stefan

TELEFON
089 1261-1529

TELEFAX
089 1261-181529

E-MAIL
stefan.porsch@stmas.bayern.de

Herrn 1. Bürgermeister
Alfons Brandl
Herrnhof 10
91567 Herrieden

- 2. Aug. 2017

Eingegangen

Dr. Porsch

Beh. SR

digitalisieren bitte 1/2

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom
Bitte bei Antwort angeben

DATUM

II 4/0022-2/832/2

31.07.2017

Kindertagesbetreuung in Herrieden Betriebserlaubnis

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

noch einmal vielen Dank für die Einladung am 4. Juli 2017 nach Herrieden und den sehr sachlichen und konstruktiven Austausch zu Problemen der Kinderbetreuung.

Bei dem Ortstermin mit Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen sowie Vertreterinnen des Landratsamts Ansbach haben Sie Ihre Kritik am Vollzug des Betriebserlaubnisverfahrens konkretisiert. Wir haben angekündigt, unsere Haltung schriftlich zu übermitteln und hoffen damit einen Beitrag zur Klärung zu leisten.

Zunächst sei angemerkt, dass die Voraussetzungen für die Erteilung einer Betriebserlaubnis nach § 45 SGB VIII und für die Bewilligung einer kindbezogenen Förderung nach dem BayKiBiG sich zwar überschneiden, aber nicht deckungsgleich sind. Das BayKiBiG stellt insbesondere mit Blick auf die inhaltliche Arbeit erheblich höhere Anforderungen. Maßstab

// Zukunftsministerium
Was Menschen berührt.

für die Erteilung der Betriebserlaubnis ist das Kindeswohl. Dabei steht der Kindeswohlbegriff in Relation zur Einrichtungskonzeption (Wiesner u.a. Kommentar § 45 Rn. 7; 3. Aufl.). Die im Rahmen der Betriebserlaubnis genehmigte Platzzahl trifft daher für sich keine Aussage darüber, ob bei entsprechender Belegung auch die Bildungs- und Erziehungsziele nach dem BayKiBiG umgesetzt werden können.

Insoweit ist für einen Träger nicht immer leicht zu erkennen, welche Vorgaben oder Empfehlungen der Aufsichts- oder Bewilligungsbehörde gerade welches Verfahren betreffen. Dies ist ggf. in der Kommunikation zu klären.

Die Stadt Herrieden und das zuständige Landratsamt Ansbach haben zu erkennen gegeben, wie wichtig ihnen eine qualitative Kinderbetreuung ist. Es ist auch nachvollziehbar, dass die Stadt hinreichend Planungssicherheit haben muss, um die ohnehin sehr schwierige Bedarfsplanung vornehmen und die notwendigen Maßnahmen planen und umsetzen zu können. Ebenso ist die Förderfähigkeit der bisherigen und der neu geschaffenen Plätze nach dem BayKiBiG für die Kommune entscheidend.

In diesem Zusammenhang regen wir an, eine einheitliche Gesamtplanung unter Berücksichtigung der Tagespflege als gleichrangiges und/oder ergänzendes Betreuungsangebot vorzunehmen.

Als problematisch hat sich erwiesen, wenn freie Träger - offensichtlich ohne Absprache mit der Stadtverwaltung - im Antragsverfahren nach § 45 SGB VIII mögliche Plätze nicht beantragen oder die Möglichkeiten der Genehmigung einer höheren Platzzahl nicht ausloten. Dies ist im Verhältnis Kommune zu Träger zu klären.

Was die Zahl genehmigter Plätze anbelangt, haben wir im Gespräch am 4. Juli 2017 Bedenken geäußert, wenn einmal genehmigte „Notplätze“ zurückgenommen und die Betriebserlaubnis abgeändert würden. Dies gilt vor allem, wenn sich die Bedingungen nicht signifikant geändert haben.

Eine andere Frage ist, ob eine Neubewertung der Höchstplatzzahl aus qualitativen Erwägungen heraus notwendig ist. Orientierung bieten hier das BayKiBiG mit Ausführungsver-

ordnung und der Bildungs- und Erziehungsplan. Ein Betreiben von „Notplätzen“ auf Dauer könnte die Vermittlung der Bildungs- und Erziehungsziele und damit die Förderfähigkeit in Frage stellen. Eine entsprechende Prüfung durch die Aufsichtsbehörde ist legitim und auch geboten. Diese Neubewertung dürfte aber in aller Regel nicht zur Annahme einer Kindeswohlgefährdung und damit zur Änderung der Betriebserlaubnis führen. Sie könnte aber, wie gesagt, die Förderung tangieren.

Die Bedenken des Landratsamtes sind – soweit sich das von hier ohne eigenen Augenschein überhaupt beurteilen lässt - aus fachlicher Sicht grundsätzlich nachvollziehbar. Soweit deswegen die künftige Förderung der betreffenden Einrichtungen in Frage gestellt bzw. eine Verringerung der Platzzahl für erforderlich erachtet würde, hielten wir dies auf Grundlage der uns hier vorliegenden Informationen jedoch für nicht ausreichend begründet. Insbesondere könnte diesen Bedenken u.E. mit einer entsprechenden pädagogischen Konzeption entgegengewirkt werden.

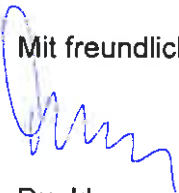
In diesem Zusammenhang haben wir aus dem Ortstermin mitgenommen, dass die Stadt gerne bereit ist, Alternativvorschläge des Landratsamtes näher zu prüfen. Die Vorschläge des Landratsamtes, die pädagogische Konzeption zu überdenken und z.B. von einem strikten Arbeiten in Gruppen abzurücken, halten wir für zielführend.

Wir hoffen, dass in einem intensiven Austausch zwischen den Beteiligten eine bestmögliche Lösung gefunden wird und die Plätze planmäßig im neuen Kindergartenjahr zur Verfügung stehen.

Im Hinblick auf die von Ihnen geäußerten Bedenken wegen der bewilligten Investitionskostenförderung, sehen wir keine Veranlassung für Rückforderungen staatlicherseits.

Es würde uns freuen, wenn wir mit diesem Schreiben zur Lösung der aufgetretenen Probleme im Verhältnis zwischen Stadt und Landratsamt beitragen könnten. Das Landratsamt Ansbach erhält einen Abdruck dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen



Dunkl

—
Ltd. Ministerialrat

—